

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 09.03.2017
*öffentlich***

Ort: Stadthaus
Festsaal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:07 Uhr bis 18:38 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Herr Dr. med. Detlef Wend	Ausschussvorsitzender SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Frau Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Herr Ronny Grasse	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Frau Christina Greiner	Vertretung für Frau Sünemann
Thomas Hesse	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Herr Dr. Hendrik Kluge	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Frau Petra Schneutzer	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Frau Claudia Schröder	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
	amtierende Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung
Herr Daniel Stellmacher-Huck	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss Jobcenter Halle (Saale)
Frau Susanne Willers	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Frau Beate Gellert	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Frau Kerstin Köferstein	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Herr Uwe Kramer	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Herr Jörg Rommelfanger	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss ab 17:15 Uhr
Frau Helga Schubert	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Herr Steffen Kohlert	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Frau Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Frau Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Frau Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

Verwaltung

Frau Heike Schaarschmidt	Referentin für Bildung und Soziales
Frau Beate Erfurth	Kita-Fachplanerin
Herr René Lukas	stellv. Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Romy Dietrich	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Herr Dr. Toralf Fischer	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Herr Richter Bruno Glomski	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Herr Tilo Kurth	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Frau Ivonne Lischke	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Herr Mirko Petrick	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Frau Tatjana Privorozkaja	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Frau Christiane Sünemann	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Frau Susanne Wildner	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Herr Tobias Woelki	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Frau Sylvia Plättner	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Frau Heike Wießner	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

zu Einwohnerfragestunde

Es gab keine Fragen von Einwohnern.

zu **Kinder und Jugendsprechstunde**

Es gab keine Fragen zur Kinder und Jugendsprechstunde.

Herr Dr. Wend fragte, wie zukünftig damit umgegangen werden soll, da zu den Sprechstunden nie jemand erscheint.

Frau Brederlow antwortete, dass die Einwohnerfragestunde gemäß KVG LSA in einem beschließenden Ausschuss formal durchzuführen ist und damit auch in diesem Ausschuss.

Zur Kinder- und Jugendsprechstunde gab es einen Beschluss des Jugendhilfeausschusses. Da kann überlegt werden, ob dieser Beschluss aufgehoben werden kann, da Kinder und Jugendliche auch zur Einwohnerfragestunde sprechen können.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Wend, Ausschussvorsitzender, eröffnete die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Brederlow sprach an, dass die Mitteilung zum TOP

8.2 **15. Kinder- und Jugendbericht 2017**

auf Grund der Erkrankung des Kinder- und Jugendbeauftragten vertagt werden muss.

Herr Dr. Wend fragte, ob vorab der nächsten Sitzung der Bericht in schriftlicher Form vorliegt, damit man sich schon mit den Zahlen und Fakten beschäftigen kann.

Frau Brederlow bot an, den entsprechenden Link zum Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung den Mitgliedern zur Verfügung zu stellen, da es sich um diesen handelt.

Da es keine weiteren Änderungen zur Tagesordnung gab, rief **Herr Dr. Wend** zur Abstimmung der geänderten Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Die geänderte Tagesordnung wurde festgestellt.

- . Einwohnerfragestunde
- . Kinder und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der

Beschlussfähigkeit

2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
 - 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 05.01.2017
 - 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 07.02.2017
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2017 bis 31.12.2017
Vorlage: VI/2016/02526
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
 - 8.1. Vorstellung Fanprojekt
 - 8.2. 15. Kinder- und Jugendbericht 2017 **vertagt**
 - 8.3. Themenausblick
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 05.01.2017

Die Niederschrift vom 05.01.2017 wurde ohne Änderungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 07.02.2017

Die Niederschrift vom 07.02.2017 wurde ohne Änderungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es gab keine nicht öffentlichen Beschlüsse bekannt zu geben.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2017 bis 31.12.2017 Vorlage: VI/2016/02526

Frau Erfurth führte in die Beschlussvorlage ein und erläuterte die wichtigsten Daten.

Sie informierte, dass viele der geplanten Maßnahmen für 2017 schon erledigt sind. Der Eigenbetrieb (EB) Kita wird zum neuen Kita-Jahr eine neue Kita im „Wohnpark Paulusviertel“ mit 90 Plätzen eröffnen. Der Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik hat seine Kita „Unterm Regenbogen“ an einen anderen Standort verlegt und dort 40 neue Plätze geschaffen, was zum 01.01.2017 erfolgt ist. Die „Villa Jühling“ hat ihre Kita „Martha Maria“ im Januar 2017 um 20 Plätze erweitert und das Universitätsklinikum will die Betriebskita „Medikids“ um 25 Plätze erweitern, das wird voraussichtlich zum April oder Mai 2017 erfolgen.

In diesem Jahr wird der Hortneubau an der Grundschule „Lessing“ eröffnet, dort werden insgesamt 95 zusätzliche Betreuungsplätze geschaffen. An der Grundschule „Glauchau“ wird zum neuen Schuljahr ein Hort eröffnet, das sind insgesamt 275 Plätze.

Die Kita „Heide-Süd“ muss noch hinzugerechnet werden, sie ist noch nicht in der Bedarfsplanung berücksichtigt worden. Diese ist Ende 2016 vom EB Kita eröffnet worden und hat 110 Plätze insgesamt.

Mit den Maßnahmen werden 287 neue Kita-Plätze und 370 Hortplätze geschaffen.

Sie verwies auf die Planungen, die über das Jahr 2017 hinausgehen. Hierzu liegen bereits zwei feste Pläne vor. Die Kita's „Sausewind“ und „Traumland“ sollen um 200 Plätze durch einen Neubau erweitert werden. Derzeit wird in der Schimmelstraße eine Kita gebaut, welche 120 Plätze hat und im Jahr 2018 eröffnet wird.

Die Präsentation ist im Programm Session hinterlegt.

Frau Gellert fragte, erstens wie viele hallesche Kinder außerhalb der Stadt Halle (Saale) in Kita's untergebracht sind. Zweitens fragte sie zu den Handlungsempfehlungen nach, aus denen hervorgeht, dass bei neuen Einrichtungen bis zu 10 % der Plätze durch die Stadt Halle vergeben werden können. Sie wollte wissen, ob dies nicht ein Eingriff in die Trägerhoheit ist.

Des Weiteren wollte sie zu den erwähnten Instandhaltungsmaßnahmen wissen, ob es sich bei den Kita's um Miet- oder Pachtobjekte handelt. Hier muss doch der Besitzer der Objekte

die ordentliche Instandhaltung gewähren, demzufolge müssten doch dafür auch Mittel bereitgestellt werden.

Herr Dr. Wend antwortete auf die Frage 1, dass die Antwort auf Seite 7 der Vorlage zu finden ist.

Frau Brederlow machte darauf aufmerksam, dass die Stadt Halle (Saale) als örtlicher Träger der Jugendhilfe für die Stadt und die Bewohner der Stadt Halle (Saale) zuständig ist.

Zur Darstellung in der Frage 3 von Frau Gellert sprach **Frau Brederlow** an, dass diese Aussage falsch ist. Der größte Vermieter in diesem Bereich sind Träger, die ihren Betrieb von Kita's so ausgegliedert haben, dass die Einrichtungen bei dem Verein sind und es dann g GmbH's gibt, die den entsprechenden Betrieb durchführen. Dann gibt es noch private Vermieter. Die Stadt Halle (Saale) hat 3 oder 4 Einrichtungen, die sie an Träger vermietet.

Frau Brederlow informierte, dass seit längerer Zeit daran gearbeitet wird, die elektronische Darstellung über Internet-basierte Systeme für die Kita-Plätze auch bei freien Trägern für die Bevölkerung anders zur Verfügung zu stellen.

Im Rahmen der Planung und der Verhandlungen sollen entsprechende Vereinbarungen mit den Trägern getroffen werden.

Frau Brederlow bemerkte, dass hier nicht in die Trägerhoheit eingegriffen wird.

Herr Schachtschneider ging auf die Seite 7, Gastkinder, ein.
Wie viele von den Gastkindern sind bei dem EB Kita untergebracht und wie viele bei freien Trägern?

Frau Erfurth sagte eine Beantwortung zu.

Herr Schachtschneider fragte zur Verfahrensweise der Finanzierung der Gastkinder nach.

Frau Brederlow antwortete, dass die Stadt Halle (Saale) laut LQE-Verhandlungen jeden Platz bezahlt, den die Kita anbietet. Egal woher die Kinder kommen. Die Stadt holt sich das dann von dem zuständigen örtlichen Träger zurück. Da gibt es gesonderte Erstattungsvereinbarungen.

Herr Schachtschneider wollte wissen, in welchem Umfang sich die anderen Landkreise auch an den Instandsetzungskosten von Kita's beteiligen. Er begründete seine Frage bezüglich des Versorgungsauftrages für halle'sche Kinder.

Frau Brederlow erklärte, dass solche entstandenen Kosten für kommunale Einrichtungen über Abschreibung o. a. Verfahren abgegolten werden. Anders wäre die Situation, wenn gemeinsam mit dem Saalekreis o. a. kreisfreien Städten eine Kita gemeinsam betrieben würde. Das ist aber nicht der Fall.

Frau Gellert wies darauf hin, dass es verschiedene Gründe gibt, warum Kinder aus anderen Städten und Gemeinden hier sind, was mit berücksichtigt werden sollte.

Herr Schachtschneider erklärte, dass zuerst auf die Bedarfslagen der eigenen Stadt eingegangen werden muss und solange es Wartelisten für Kita's gibt, können nicht Kinder aus anderen Städten und Gemeinden berücksichtigt werden.

Herr Dr. Wend fragte zu den Zahlen der Belegung, ob es Engpässe gibt oder geben wird.

Frau Erfurth antwortete, dass 238 Plätze in diesem Jahr mehr benötigt werden und es werden 287 Plätze entstehen bzw. sind diese zum Großteil schon entstanden.

In diesem Jahr sind nur noch die neue Kita im Paulusviertel mit 90 Plätzen und die Betriebskita „Medikids“ mit 25 Plätzen offen. Dies ist eine sehr komfortable Lage, da die meisten Eröffnungen bereits zum Anfang des Jahres gewesen sind.

Herr Dr. Wend wies daraufhin, dass Kinder mit Migrationshintergrund unterrepräsentiert sind und sprach an, dass dies ein Problem werden kann. In der Kita lernen Kinder bereits die Sprache richtig und werden dadurch besser integriert, das muss im Blick behalten werden.

Frau Ranft fragte zu den Wartelisten bei den Horten nach und wollte wissen, wie hier die Zusammenarbeit mit den Trägern ist und Informationen an Eltern zu einem zur Verfügung stehenden Platz erfolgt.

Frau Erfurth antwortete, dass ein enger Kontakt mit den Trägern gepflegt wird. Diese wissen auch, dass zum nächsten Schuljahr mehr Kinder kommen werden. Genaue Zahlen sind erst bekannt, wenn im April/Mai die Elternabende stattgefunden haben und die Anmeldungen erfolgen. Dann gehen die Träger auf die Suche nach Personal und beantragen gleichzeitig die Erweiterung der Betriebserlaubnis und der räumlichen Kapazitäten. Das ist ein sehr zeitaufwendiger Prozess.

Seit Herbst laufen die Gespräche mit den Trägern, da die Prognose für die Schülerzahlenentwicklung vorliegt. Entscheidungen können aber nicht weit vor dem Schuljahresbeginn getroffen werden. Der Träger kann kein Personal „auf Vorrat“ einstellen, sondern erst wenn die konkreten Anmeldezahlen vorliegen. Diese sind erst im II. Quartal zu erwarten.

Frau Ranft fragte, ob Gespräche mit der Berufsausbildung laufen, damit evtl. der Ausbildungsgang an der BbS V erhöht werden kann. Des Weiteren wollte sie wissen, ob die Stadt Einfluss nehmen kann, dass mehr Erzieher und Erzieherinnen ausgebildet werden.

Frau Brederlow erklärte, dass es dazu auch Gespräche mit dem Bildungsministerium und auch mit dem Sozialministerium gibt, da letzteres eine besondere Verantwortung hat und die Rahmenbedingungen setzt, was die Kommune vorzuhalten hat.

Herr Dr. Wend sprach an, dass das Kita-Portal für fremdsprachige Nutzer unverständlich ist. Er wollte wissen, ob es Anmeldeformulare in unterschiedlichen Sprachen gibt.

Frau Brederlow verwies auf den Schwerpunkt des Portals und zwar, dass hier alle Einrichtungen enthalten sein sollen. Mit Frau Schneutzer gab es ein Gespräch und von ihr der Hinweis, dass die Migranten mit Informationen von den Beratungsstellen versorgt werden.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Herr Dr. Wend** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt den Bedarfs- und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung als Teilplanung der Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII für den Zeitraum vom 01.01.2017 bis 31.12.2017. (Anlage 1)
2. Der Stadtrat beschließt die gesetzliche Förderung gemäß § 11a KiFöG der im Bedarfs- und Entwicklungsplan ausgewiesenen Kindertageseinrichtungen und stellt die Finanzierung im Haushalt 2017 sicher. (Anlagen 2a und 2b)

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Vorstellung Fanprojekt

Frau Brederlow sprach eingangs an, dass das Fanprojekt in diesem Monat 10 Jahre alt geworden ist.

Herr Kluge stellte das Fanprojekt anhand einer Präsentation vor.

Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Herr Kluge machte deutlich, dass sich die Mitarbeiter des Fanprojekts in einer schwierigen Vermittlerposition befinden, da eine sehr große Erwartungshaltung von allen Seiten auf ihnen lastet.

Herr Dr. Wend fragte nach der personellen Situation im Fanprojekt.

Herr Kluge antwortete, dass außer ihm noch die Sozialarbeiterin Nicole Seifert und ein Unterstützer des Fanprojekts, Uwe Striesenow, Ansprechpartner sind.

Herr Dr. Wend fragte gezielt nach, ob die Personalsituation befriedigend ist oder Unterstützung benötigt wird.

Herr Kluge antwortete, dass sicher noch 1,2 Fachkräfte mehr gut wären, dieses aber realistisch gesehen wird.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 8.3 Themenausblick

Der Themenausblick ist in Session hinterlegt und wurde zur Kenntnis genommen.

Frau Gellert fragte nach der Vorstellung der Arbeitsergebnisse der AG Kita, welche im Unterausschuss Jugendhilfeplanung bereits vorgestellt wurden. Sie regte an, diese auch im Jugendhilfeausschuss vorzustellen, da diese Ergebnisse auch Grundlage der LQE-Verhandlungen sein sollten.

Frau Brederlow erklärte, dass der Auftrag an die Arbeitsgruppen durch den Unterausschuss Jugendhilfeplanung erfolgt war. Es ist angedacht, dass diese Ergebnisse in eine Beschlussvorlage, die die Verwaltung einbringt, einfließen. Diese Vorlage befindet sich noch in der Abstimmung innerhalb ihres Geschäftsbereichs.

Frau Gellert sprach an, dass verabredet war, dass die Ergebnisse der Akteure und zusätzlich die eigenen Ideen der Verwaltung dort mit einfließen sollen. Die Arbeitsergebnisse der Gruppen waren abgestimmt und sollen jetzt bei den LQE mit als Basis dienen. Wenn die LQE verhandelt werden, sollten die Qualitätsparameter bekannt sein und dort mit einfließen, so war ihr Verständnis dazu.

Frau Brederlow teilte mit, dass die Ergebnisse im Sommer in einer Sondersitzung am 18.08.16 vorgestellt wurden. Sie wies darauf hin, dass Grundlage für die Verhandlungen niemals die Ergebnisse einer Arbeitsgruppe sind, die keine Beschlüsse fassen kann. Grundlage für die Verhandlungen werden immer Beschlüsse des Stadtrates sein.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 8.4 Frau Brederlow zur Vorstellung der amtierenden Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung

Frau Brederlow stellte die amtierende Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Bildung, Frau Claudia Schröder, vor.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Anfrage Frau Dr. Schöps zur Antragsbearbeitung für die Förderung von Hortkindern mit besonderem Förderbedarf

Frau Dr. Schöps fragte zum Stand der Bearbeitung der Anträge zur Förderung von Hortkindern mit besonderem Förderbedarf.

Welche Träger haben für wie viele Kinder Anträge gestellt?
Wie ist der Bearbeitungsstand der Anträge?
Bis wann wird über die Anträge beschieden?

Hintergrund der Anfrage ist, dass an ihre Fraktion herangetragen wurde, dass es hier Verzögerungen gibt.

Sie erklärte sich mit einer schriftlichen Beantwortung einverstanden.

Frau Schröder sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 9.2 Anfrage Frau Haupt zum Stand der Ausschreibung Streetworker

Frau Haupt fragte zum Stand der Ausschreibung Streetworker.
Als der Haushalt verabschiedet wurde, sind hier Stellen aufgestockt worden.

Frau Schröder teilte mit, dass es eine Stellenausschreibung für eine Streetworker Stelle und ca. 16 Sozialarbeiterstellen gegeben hat.

Frau Brederlow ergänzte, dass die Besetzungsverfahren laufen.

Frau Schröder sprach an, dass es Ziel ist, in einer Woche in das Mitbestimmungsverfahren zu gehen.

zu 9.3 Anfrage Frau Haupt zur Behandlung einer Thematik im Jugendhilfe- ausschuss

Frau Haupt fragte, ob der Jugendhilfeausschuss den Vorschlag ihrer Fraktion mitträgt, dass der Grundsatzbeschluss zum Verwaltungsgebäude in Halle-Neustadt im Jugendhilfeausschuss mit vorgelegt werden soll.

Es geht darum, dass die Verwaltung eine Scheibe in Neustadt zu einem Verwaltungsgebäude umwandeln lassen möchte. Viele Positionen, die in der Jugendarbeit mal erarbeitet wurden, spielen hier auch eine Rolle.

Herr Dr. Wend sprach an, dass der formale Weg wäre, dass die Verwaltung die Beschlussvorlage vorlegt und die Fraktionen oder der Jugendhilfeausschuss Anträge stellen können.

Frau Haupt sprach an, dass es ihr darum geht, dass der Jugendhilfeausschuss die Behandlung dieser Vorlage im Jugendhilfeausschuss einfordert, da dieser in der Gremienfolge nicht mit berücksichtigt worden ist.

Frau Brederlow sprach an, dass das SGB VIII dem Jugendhilfeausschuss das Recht einräumt, sich mit allen Fragen zu befassen, die Kinder und Jugendliche betreffen und das könnte so ein Punkt sein. Der Jugendhilfeausschuss kann sich verschiedene Sachen auf den Tisch ziehen, wenn es um die Thematik geht.

Herr Dr. Wend schlug vor, dass sich die Fraktionen untereinander dazu verständigen und dann reagieren werden.

zu 9.4 Anfrage Herr Schachtschneider zu den Ergebnissen aus der AG 78 Kita

Herr Schachtschneider fragte, wo die Ergebnisse der AG Kita nachzulesen sind.

Frau Brederlow verwies hierzu auf die Sondersitzung vom 18.08.2016, wo diese hinterlegt sind.

zu 10 Anregungen

zu 10.1 Herr Kramer zur leserlichen Anpassung von Präsentationen

Herr Kramer regte an, dass die Präsentationen entsprechend der Rasterlage dem neuen Whiteboard angepasst werden sollten, so dass an den Seiten keine schwarzen Balken mehr zu sehen sind und die Informationen somit breiter sichtbar erscheinen.

Da es keine weiteren Anregungen gab, beendete **Herr Dr. Wend** die öffentliche Sitzung und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Detlef Wend
Ausschussvorsitzender

René Lukas
stellv. Protokollführer